

Bernhard Müller

Zukunftsstadt – Zwischenrufe zur Debatte um die Zukunft der Städte

Eine Einführung in das Themenheft

Städte sind weltweit »en vogue«. Mittlerweile leben mehr als 50 % aller Menschen in einer Stadt (wobei der Begriff »Stadt« von Land zu Land unterschiedlich definiert wird), im Jahr 1950 waren es hingegen nur 30 %. Im Jahr 2050 werden es zwei von drei Menschen sein. In Deutschland leben drei Viertel der Bevölkerung in Städten. Und damit liegen wir auf der globalen Urbanisierungsskala gerade mal nur am Ende des oberen Drittels der Staaten der Erde. Städte erleben derzeit eine »Renaissance« – nicht nur als wichtigste gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Bezugspunkte, sondern auch als Orte kultureller Vielfalt, von Innovationen, neuen Formen gesellschaftlichen Miteinanders und der Identifikation. Dies gilt hierzulande sicherlich für die Metropolen und die anderen Großstädte in Ost und West. Aber es trifft – in abgeschwächtem Maß und mit gewissen Einschränkungen – auch für Mittel- und Kleinstädte in Deutschland zu, die gerade für die Versorgung und die wirtschaftliche Stabilisierung ländlicher Räume enorm wichtig sind. Sie haben eine große Bedeutung als Wohn- und Lebensorte sowie als gesellschaftliche und wirtschaftliche Zentren. Gleichzeitig stehen Städte vor der Aufgabe, komplexe stadtentwicklungspolitische Fragestellungen zu bewältigen und adäquate Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu finden, zum Beispiel für den Klimawandel, den demographischen Wandel, den wirtschaftlichen Wandel und den technologischen Wandel. Dies erfordert gesellschaftliche Transformationen und Stadtumbauprozesse im weitesten Sinn, die vor dem Hintergrund der spezifischen Rahmenbedingungen und lokalen Handlungsmöglichkeiten einen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung leisten.

Die Frage nach ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit ist schon heute untrennbar mit dem Lebens- und Wirtschaftsraum Stadt verbunden. Städte beanspruchen weltweit nur etwa 2 % der Landfläche, sind aber für 70 % der Wirtschaftsleistung verantwortlich. Allerdings gehen auch über 60 % des Energieverbrauchs, 70 % der Treibhausgasemissionen und 70 % des gesamten Müllaufkommens auf ihr Konto. Hinzu kommt, dass Städte oft die Orte sind, an denen sich Armut und soziale Brennpunkte konzentrieren. Wenn wir eine nachhaltige Entwicklung anstreben, dann entscheidet sich vor allem in den

Städten, ob uns dies gelingt. Städte haben also eine Schlüsselstellung im weltweiten Bemühen um mehr Nachhaltigkeit.

Dass dies weltweit in verstärktem Ausmaß wahrgenommen wird, macht vor allem die sogenannte Agenda 2030 sichtbar. Sie wurde 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet und formuliert globale Nachhaltigkeitsziele (im Englischen: Sustainable Development Goals, SDG). Die Nachhaltigkeitsziele sind nicht nur Ausdruck eines komplexeren Verständnisses von globaler Entwicklung, sondern enthalten zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen auch ein von der internationalen Staatengemeinschaft verabschiedetes Ziel zur Stadtentwicklung.¹ Das Nachhaltigkeitsziel Nummer 11 besagt, dass Städte und Siedlungen bis zum Jahr 2030 inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestaltet werden sollen. Wie dies geschehen soll, zeigen konkrete Zielfestlegungen (Targets), die die Handlungsfelder spezifizieren und Erwartungen fassbar machen. Sie sind inzwischen durch Indikatoren untersetzt worden, die dies messbar machen. Die darauf aufbauende Nachhaltigkeitsberichterstattung der Vereinten Nationen soll kontinuierlich über den Fortgang der Bemühungen in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit informieren.

Neben den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen ist die »Neue Städtische Agenda« (New Urban Agenda, NUA) von Bedeutung. Sie wurde bei *Habitat III*, der Weltkonferenz für Wohnen und nachhaltige Stadtentwicklung in Quito im Jahr 2016, verabschiedet und im gleichen Jahr durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen bestätigt. Sie greift das Nachhaltigkeitsziel Nummer 11 der Agenda 2030 auf und stellt den Fahrplan für die nachhaltige Stadtentwicklung der kommenden zwanzig Jahre vor.² Beide Dokumente, die Agenda 2030 und die Neue Städtische Agenda, sind wegbereitend für die Stadt der Zukunft, und seit ihrer Verabschiedung haben sich viele Staaten auf den Weg gemacht, neue Konzepte für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu erarbeiten. Auch wenn die NUA eine unverbindliche Vereinbarung ist, so ist sie doch sowohl für nationale Regierungen als auch insbesondere für Stadtverwaltungen von großem Wert, denn sie stellt klare Forderungen für eine moderne Stadt: Eine kompakte Siedlungsentwicklung mit angemessenen öffentlichen Räumen und Freiflächen, der sparsame Umgang mit Ressourcen, die Stärkung

1 United Nations (Hg.), *Resolution adopted by the General Assembly on 25 September 2015. 70/1. Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development*, o. O. 2015, <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf> (9.9.2017).

2 United Nations (Hg.), *Resolution adopted by the General Assembly on 23 December 2016. 71/256. New Urban Agenda*, o. O. 2016, <http://habitat3.org/wp-content/uploads/New-Urban-Agenda-GA-Adopted-68th-Plenary-N1646655-E.pdf> (9.9.2017).

öffentlicher Verkehrsmittel und gesunde Lebensbedingungen für alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner gehören dazu.

In Europa wurde im Jahr 2016 ein ähnlicher Prozess zu einem ersten Ergebnis gebracht. Die »Städteagenda für die Europäische Union«, die im *Pakt von Amsterdam* bei einem informellen Treffen der für Stadtentwicklung zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beschlossen wurde, beinhaltet zwölf Schwerpunktthemen, die für Kommunen in Europa von besonderer Bedeutung sind und bei denen in besonderem Maße Handeln angesagt ist: Integration von Migranten und Flüchtlingen, Luftqualität, städtische Armut, Wohnungswesen, Kreislaufwirtschaft, Arbeitsplätze und Qualifikationen in der lokalen Wirtschaft, Anpassung an den Klimawandel (einschließlich grüner Infrastrukturlösungen), Energiewende, nachhaltige Landnutzung und naturbasierte Lösungen, städtische Mobilität, digitaler Wandel sowie innovatives und sozialverantwortliches öffentliches Beschaffungswesen.³

In Deutschland erarbeiteten seit Anfang 2013 Fachleute aus Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit mit den relevanten Ministerien, d.h. dem Bundesforschungsministerium und dem Bundesumweltministerium, unter Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur im Rahmen der aus der Hightech-Strategie der Bundesregierung hervorgegangenen *Nationalen Plattform Zukunftsstadt* (NPZ) eine strategische Forschungs- und Innovationsagenda (FINA). Diese zielt auf CO₂-neutrale, energie- und ressourceneffiziente, klimaangepasste, wandlungsfähige, lebenswerte und sozial inklusive Städte der Zukunft, und sie ist seither in vielerlei Hinsicht handlungsleitend für Forschung und Praxis.⁴

In der FINA wurden sieben prioritäre Innovationsfelder für die Zukunftsstadt identifiziert: zivilgesellschaftliche Akteure als Treiber urbaner Transformation, Stärkung und Unterstützung kommunaler Transformation, nachhaltiger Umbau urbaner Siedlungs- und Raumstrukturen, Pionierprojekte für urbane Infrastrukturen, Werkzeuge und Verfahren für Planung und Wissensmanagement, neue Rahmenbedingungen für urbane Innovation sowie strategisches Finanzmanagement und Geschäftsmodelle. Die FINA enthält gleichzeitig zwei Strukturmaßnahmen für die Umsetzung der Forschungs- und Innova-

3 Council of the European Union (Hg.), *Establishing the Urban Agenda for the EU. Pact of Amsterdam*, o.O. 2016, https://ec.europa.eu/futurium/en/system/files/ged/pact-of-amsterdam_en.pdf (9.9.2017).

4 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), *Zukunftsstadt. Strategische Forschungs- und Innovationsagenda*, o.O. 2015, <https://www.fona.de/mediathek/pdf/Zukunftsstadt.pdf> (9.9.2017).

tionsthemen, nämlich neue Formate für Forschung und Innovation zu erproben und strategische Kapazitäten und Institutionen zu etablieren und auszubauen.

Die FINA wurde im Wissenschaftsjahr 2015, das dem Thema »Zukunftsstadt« gewidmet war, vorgestellt. Gleichzeitig wurde ein Wettbewerb auf den Weg gebracht, bei dem Kommunen gemeinsam mit der Wissenschaft die Möglichkeit gegeben wird, neue Wege der Stadtentwicklung zu erproben und entsprechende Innovationen zu generieren. Das Wissenschaftsjahr war zugleich der Rahmen für eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen, die nicht nur dem fachlichen Diskurs dienen, sondern auch weit in die Öffentlichkeit hinein wirken und die Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger für die Herausforderungen und Chancen einer nachhaltigen Stadtentwicklung erhöhen sollten.

Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig war bei diesem Prozess aktiv beteiligt – maßgeblich seitens der Arbeitsgruppe zum Thema »Stadt der Vergangenheit – Stadt der Zukunft. Zur Transformation des Urbanen am Beispiel von Stadtregionen« (kurz: AG Stadtentwicklung), die unter dem Dach der Strukturbezogenen Kommission Landeskunde im Mai 2013 eingerichtet worden war. Die Arbeitsgruppe, deren Arbeitsgegenstand die vielgestaltigen Transformationsprozesse der stadtreionalen Entwicklung im mitteldeutschen Raum in den letzten Jahrzehnten sind und die sich mit Erfahrungen und Perspektiven der stadtreionalen Entwicklung anhand von Beispielen aus dem Einzugsgebiet der Akademie beschäftigt, führte im Jahr 2015 eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen zur Zukunft der Städte durch.

Mit dem Akademie-Forum zum Thema »Renaissance der Stadt – Chancen für die Zukunft« wurde die Reihe im April 2015 in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden (IÖR) und mit MDR Figaro eröffnet. Die folgenden Fragen wurden diskutiert: Wodurch stiften Städte Identität? Welche Rolle spielen sie für ihr Umland? Warum gehen die Menschen zurück in die Stadt? Welche sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und städtebaulichen Konsequenzen hat das? Und vor allem: Gilt dies für alle Städte gleichermaßen? Wie sieht die Entwicklung konkret in Mitteldeutschland aus, wo es sowohl wachsende als auch schrumpfende Städte gibt? Inwieweit muss man hier differenzieren? Welche Chancen bieten sich dadurch für die Zukunftsstadt? Es wurde bei der Diskussion deutlich, dass man derzeit durchaus von einer Wiederbelebung des Städtischen sprechen kann. Städte haben Konjunktur. Allerdings drohen ländliche Räume demgegenüber vielerorts in den Hintergrund zu treten und von Entwicklungsprozessen »abgehängt« zu werden, gerade dort, wo auch noch Abwanderung und Alterung die Entwicklungsperspektiven mitbestimmen. Neue Entwicklungskonzepte und zielgerichtetes Handeln tun Not.

»Klein- und Mittelstädte – Labore für den Stadtumbau« stand als Thema im Mittelpunkt des *Denksalons Ökologischer und Revitalisierender Stadtumbau*, der im September 2015 in Görlitz stattfand und bei dem die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig als Mitveranstalter neben dem Interdisziplinären Zentrum für ökologischen und revitalisierenden Stadtumbau (IZS) des IÖR und der Technischen Universität (TU) Dresden auftrat. Im Denksalon standen die Herausforderungen, Strategien und Erfahrungen eines ökologischen und revitalisierenden Stadtumbaus in Klein- und Mittelstädten im Fokus: Vor welchen Herausforderungen stehen Klein- und Mittelstädte beim Umgang mit dem demografischen und sozioökonomischen Wandel sowie den Anforderungen eines ökologischen Umbaus? Was unterscheidet sie hinsichtlich ihrer Handlungsmöglichkeiten von Großstädten? Welche Strategien und Handlungsansätze haben speziell Klein- und Mittelstädte, um ihre Ziele zu erreichen? Welche Erfahrungen haben verschiedene Akteure bei der Umsetzung konkreter Vorhaben eines ökologischen und revitalisierenden Stadtumbaus in Klein- und Mittelstädten? Im Denksalon stand die stabilisierende Rolle von Klein- und Mittelstädten als Zentren der Versorgung und Entwicklung, gerade auch in ländlich geprägten Räumen, zur Diskussion. Beispiele, die besprochen wurden, machen durchaus Hoffnung, dass einseitige negative Entwicklungsprozesse vermieden werden können.

Im Oktober 2015 fand schließlich die Tagung zum Thema »Zukunftsstadt grün – offen – lebendig« im Kulturrathaus Dresden statt. Die Tagung wurde von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Akademie der Künste, dem IÖR sowie MDR Figaro organisiert und durchgeführt. Die Hauptfrage, um die sich die Vorträge und Diskussionen drehten, lautete: Wie sieht die nachhaltige Stadt der Zukunft aus? Sind es die technisch hoch gerüsteten »Smart Cities«, in denen wir in der Zukunft leben werden, oder doch eher Ökostädte, in denen Umwelt- und Ressourcenschutz Vorrang haben? Oder sind es die unwirtlichen Orte, in denen man aufgrund von Sicherheitsproblemen sich nicht mehr traut, am Abend das Haus zu verlassen? Wir kennen heute viele Beispiele aus Mittel- und Südamerika, wo dies zum Problem geworden ist. Welche Wege können und müssen wir gehen? Wie lassen sich wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Ressourcenschonung, kulturelle Vielfalt und soziale Gerechtigkeit in der Stadt der Zukunft miteinander vereinbaren? Die Tagung zeigte eine Reihe von innovativen Gedanken und Lösungsansätzen auf, die in diesem Heft teilweise nachzulesen sind.

Beiträge der beiden letztgenannten Veranstaltungen bilden die Grundlage dieses Themenhefts der *Denkströme*.⁵ Autoren aus Wissenschaft und Praxis

⁵ *Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig*,

zeigen in längeren Beiträgen wie auch in kürzeren Statements ein facettenreiches Bild der heutigen Lage von Städten und der Herausforderungen für die Stadt von morgen. Michael Opielka vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Berlin, setzt sich in einem Einführungsbeitrag jenseits von »Science-Fiction, die Zukunft als eine Fortschreibung der Gegenwart mit technologischen Zaubereien« versteht, mit sozialer Nachhaltigkeit und der Transformation von Städten auseinander. Er versteht soziale Nachhaltigkeit als Urbanisierungsprogramm und greift drei Begriffe heraus: Demographie, Diversity und Sharing. Ein Ergebnis seiner Darlegungen ist, dass die Zukunftsstadt vor allem Räume sozialer Nachhaltigkeit zur Verfügung stellen muss, die sich nicht aus dem technologisch-wirtschaftlichen Verlauf ergeben. Und er fragt, ob die Zukunftsstadt mehr an Geteiltem kennen wird.

Vier Beiträge beleuchten die ›Grüne Stadt: Juliane Mathey, Stefanie Rößler, Iris Lehmann, Anne Bräuer und Wolfgang Wende vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden machen darauf aufmerksam, welche neuen Anforderungen Klimawandel und Biodiversität an die Stadtentwicklung der Zukunft stellen und wie Städte darauf reagieren können, indem sie stärker als bisher auf die geeignete Auswahl von Stadtvegetation bei ihrer Grünplanung achten. Sie machen aber auch deutlich, dass es keine Patentlösungen gibt, sondern dass sich die Auswahl der Stadtvegetationsstrukturen und die entsprechenden Maßnahmen an den jeweiligen Charakteristika einer Stadt, ihrer historischen Struktur, den kulturellen Besonderheiten, den ökologischen Standortbedingungen sowie den vorhandenen Ressourcen orientieren muss.

Clemens Deilmann, ebenfalls vom IÖR, betrachtet die grüne Stadt aus einem anderen Blickwinkel, nämlich aus der Perspektive der gebauten Umwelt und der durch sie verursachten Materialströme. Er fragt nach der Effizienz von Siedlungsstrukturen und nennt beeindruckende Zahlen: Die gebaute Umwelt umfasst 82 % des gesamten nationalen Nettoanlagevermögens in Deutschland, 10 % des jährlichen Bruttoinlandsprodukts entfallen auf die Bautätigkeit, und 90 % aller Materialströme, Landwirtschaft und Energieträger ausgenommen, stehen mit ihr in direktem Zusammenhang. Als eine Lösung für eine effizientere Stadt sieht er die bessere Nutzung von Ressourcenschonungspotenzialen, zum Beispiel durch das Recycling von Baustoffen und eine verbesserte siedlungsstrukturelle Planung. In einem Zwischenruf aus der Praxis beschäftigt sich Matthias Lerm, Stadtarchitekt der Stadt Jena und zuvor einige Jahre lang in der Stadtverwaltung von Dresden in Sachen Nachhaltigkeit unterwegs, mit

hg. vom Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Heft 18 (2017), www.denkstroeme.de/heft-18.

dem scheinbaren Gegensatz von Begrünung und städtischer Dichte. Er sieht durchaus Möglichkeiten, beides sinnvoll miteinander zu verbinden: die Stadt sowohl kompakt als auch grün zu gestalten. Die ›kompakte Stradt im grünen Netz‹, ein Leitbild, das auch die Stadtentwicklung in Dresden prägt, sieht er im übertragenen Sinn und vor dem Hintergrund seiner eigenen Praxis als zielführend für die Stadt der Zukunft an. Katrin Schmidt von der TU Dresden beleuchtet in der Rubrik *Diskussionen* das Verhältnis von Urbanität und Natur. Ihre Überzeugung drückt sie gleich zu Beginn ihrer Darlegungen aus: »Die Stadt der Zukunft wird [...] deutlich grüner sein als die historische Stadt.«

Eine weitere Reihe von Beiträgen widmet sich der Problematik des sozio-demographischen und ökonomischen Wandels in Städten. Sigrun Kabisch vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig, setzt sich mit der sozialräumlichen Differenzierung und Bevölkerungsentwicklung auf regionaler, städtischer und Quartiersebene auseinander. Sie zeigt, dass unterschiedlich geprägte Siedlungsstrukturen zur Vielfalt des gesellschaftlichen Zusammenlebens gehören. Sozialräumliche Differenzierungen werden aber dann problematisch, wenn die Wohnadresse zur stigmatisierten sozialen Adresse wird. Auch in Zukunft wird dies zentral bleiben. Tim Leibert vom Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig diskutiert vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt die Frage, ob es schon Licht am Ende des Tunnels im ›Labor des demographischen Wandels‹ gibt. Er zeigt eine Reihe von positiven Trends auf, etwa steigende Geburtenraten und eine rückläufige Abwanderung. Deren Dauerhaftigkeit muss sich nach seiner Überzeugung aber erst noch erweisen. Vor diesem Hintergrund sieht er keine Entwarnung für die Stadt der Zukunft.

Alexandra Weitkamp von der TU Dresden erörtert in ihrem Beitrag ökonomische Rahmenbedingungen in Klein- und Mittelstädten aus der Sicht des Landmanagements. Sie betrachtet den Zusammenhang zwischen Maßnahmen der Stadtentwicklung einerseits und Bodenwerterhöhungen andererseits, aus denen sich solche Maßnahmen grundsätzlich refinanzieren. Sie stellt fest, dass insgesamt die Bodenwertsteigerungen in Klein- und Mittelstädten tendenziell geringer sind als in Großstädten. Während bei Stadterweiterungen, zum Beispiel in wachsenden Städten, solche Maßnahmen relativ leicht zu finanzieren sind, können im Stadtumbau, insbesondere in schrumpfenden Städten und Regionen, Bodenwerte oft nur stabilisiert bzw. kann nur eine konjunkturelle Wertminderung verringert werden. Grenzen sind dem Stadtumbau durch unrentable Kosten gesetzt, d. h. dort, wo Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Solche Kosten sind privatwirtschaftlich nicht zu finanzieren. Ihr Fazit: Während sich die Siedlungserweiterung privatwirtschaftlich finanzieren lässt, müssen für schrumpfende Regionen Fördermittel unterstützend eingesetzt werden.

Stefan Rettich von der Universität Kassel diskutiert die Zuwanderung und die damit verbundenen Wohnungsfragen: »Wie wird die Zuwanderung unsere Städte verändern, welchen Einfluss hat sie auf die ohnehin offene Wohnungsfrage, und welche Fragen stellen sich für Politiker, Architekten und Stadtplaner?« Geht man davon aus, dass, wie vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit geschätzt, in Zukunft mindestens 350.000 Wohnungen pro Jahr benötigt werden, dann wird es ein erhebliches Wohnungsdefizit geben, denn es werden jährlich 100.000 Wohnung unterhalb des Bedarfs fertig gestellt. Er fordert, die Kommunen besser als ›Kommando-zentralen‹ auszustatten. Als Zentralen der Krisenbewältigung benötigen sie laut Rettich deutlich mehr und flexiblere Handlungskompetenzen und ein stärkeres Mitspracherecht bei der Ausgestaltung und Implementierung von Förderprogrammen für den Wohnungsbau. »Die Wohnungsfrage bleibt daher was sie immer war, eine politische.«

In einem dritten Themenblock geht es schließlich um Instrumente der Stadtentwicklung, insbesondere um die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, d. h. Planung *mit* den Bewohnern statt *für* die Bewohner. So eröffnet Achim Hahn von der TU Dresden die Rubrik *Diskussionen* mit seinem Beitrag »Teilhaben statt Zuschauen« aus der Sicht des Architekturtheoretikers und -kritikers: Er fragt grundsätzlich, wie man überhaupt zu einer Wissenschaft der Stadt finden kann und formuliert Fragestellungen für die Stadt der Zukunft, z. B.: Was ist der primäre Daseinssinn der Stadt? Was bedeutet Wohnen-können in der Stadt? Und wie nehmen Menschen ihre Stadt ›in Gebrauch? Mit Blick auf die Stadt der Zukunft fordert er eine Wissenschaft, die beschreibt und nicht nur erklären will. Melanie Humann von der HTW Dresden und Klaus Overmeyer von der Bergischen Universität Wuppertal sind in den *Diskussionen* mit einem Beitrag zum Thema »Nutzergetragener Städtebau oder wie Bürger ihre Stadt an Planung beteiligen« vertreten. Sie beschäftigen sich mit der aktiven Stadtgesellschaft und sogenannten ›Raumunternehmen‹, d. h. selbstbestimmten Raum- und Projektentwicklern, die sich aufgelassene Orte schrittweise aneignen, besondere Nutzungsmischungen und Netzwerke bilden und über kluge Finanzierungsstrategien eine langfristige Perspektive aufbauen. Ihre Schlussfolgerung lautet: Raumunternehmen schaffen Nachbarschaften. Das macht sie für die Stadt der Zukunft attraktiv.

In der Rubrik *Berichte & Notizen* sind schließlich drei Beispiele aus der Praxis zum Themenblock ›Teilhabe‹ versammelt: Veronika Gottmann verdeutlicht die großen Herausforderungen des Quartiersmanagements am Beispiel von Prohlis, einer Großwohnsiedlung am Stadtrand von Dresden, in der die Einwohnerzahl seit 1990 von fast 25.000 Einwohnern auf gerade mal 15.000 gesunken ist. In ihrem Beitrag geht es um Engagement in Gebieten mit

besonderen sozialen Bedarfen. In Prohlis sind nur etwa 30 % der erwachsenen Bevölkerung erwerbstätig, über 50 % sind Rentnerinnen und Rentner, die Zahl der Arbeitslosen liegt bei fast 15 %. Kinder und Jugendliche leben zu fast 60 % in Bezug von Leistungen nach Hartz IV. Überraschend ist, so Gottmann, dass viele, die selbst in sozial schwierigen Situationen leben, sich engagieren und aktiv sein wollen. Dies ist ein ›Schatz‹ für zukünftige Stadtentwicklung, den man aber ohne Unterstützung nicht heben kann. Sie fordert deshalb, dass Strukturen geschaffen werden, die dieses Engagement tragen – sie fordert eine ausreichend finanzierte und mit Räumlichkeiten ausgestattete Gemeinwesenarbeit.

Arne Myckert von KOMMWOHNEN, der Nachfolgerin der früheren Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in Görlitz, führt den Leser in die komplexe und nicht leicht zu bewältigende Realität der kommunalen Wohnungswirtschaft in schrumpfenden Mittelstädten zurück. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen, zum Beispiel mit dem Verfall gründerzeitlicher Baubestände, fordert er einen deutlich flexibleren Umgang mit Altbaubeständen, um den Niedergang von Wohnquartieren zu stoppen und sie wieder aufzuwerten.

Bertram Schiffers von der Internationalen Bauausstellung Thüringen GmbH in Weimar zeigt in seinem Beitrag schließlich die Bedeutung von ›Großveranstaltungen‹ wie internationalen Bauausstellungen für die Stadt der Zukunft auf. Und er weitet dabei den Blick von der Stadt im engeren Sinn auf die Stadtlandschaft und die für die Stadt der Zukunft immer wichtiger werden den Stadt-Land-Beziehungen. Nur anhand der regionalen Ressourcen und mit den lokalen Akteuren, so seine Erfahrungen, lässt sich die Stadt der Zukunft oder in seinem Fall die »Landstadt von Übermorgen« in einer Verbindung von Kulturlandschaft und Baukultur zukunftsgerecht realisieren.

In den Beiträgen wird deutlich, wie anregend die Diskussion um die Stadt der Zukunft ist und sein kann. Welches Fazit ist nun aber aus den Beiträgen zu ziehen? Erstens wird deutlich, dass die Stadt dort, wo sie es noch nicht ist, grüner werden muss. Dies verlangt allein schon der Klimawandel, der Städte zur Anpassung zwingen wird. Die kompakte Stadt im ökologischen Netz könnte ein Leitbildentwurf hierfür sein.

Zweitens wird die Stadt noch mehr als bisher mit Fragen des sozialen Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Kohäsion konfrontiert sein. Sprengkräfte gibt es viele: zum Beispiel Niveauunterschiede in der Bildung, ungleiche Chancen, die Entstehung oder Verstärkung sozialer Brennpunkte, soziale Verdrängungsprozesse aufgrund der Aufwertung von Stadtteilen und Quartieren, oder die Integration von Flüchtlingen, die aus ganz verschiedenen Gründen zu uns kommen, sei es aufgrund von kriegerischen Auseinandersetzungen, Terror und Unterdrückung, wirtschaftlicher Not oder aufgrund des Klimawandels und der Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen.

Dies führt zu einem dritten Aspekt: Partizipation, soziales Engagement und die Aneignung von Raum durch seine Nutzer bilden ein Gut, das es zu bewahren und zu fördern gilt. Dies funktioniert langfristig aber nicht ohne entsprechende Unterstützungsstrukturen durch den Staat und die Kommunen. Neue Initiativen entstehen häufig in Nischen. Sie brauchen meist eine geraume Zeit bis sie den »Mainstream« beherrschen können. Diese Erkenntnis der Transformationsforschung sollte stärker Beachtung finden. Transformationen zur Nachhaltigkeit sollten gerade in Städten und Stadtregionen beschleunigt werden. Den Nährboden dafür gibt es. Nur müssen die damit verbundenen Chancen noch besser erkannt werden.